

Ausgabe vom 23. August

GASTKOMMENTAR

Beitrag privater Gläubiger entpuppt sich als Farce

Als die Einigung über den neuen Rettungsplan für Griechenland verkündet wurde, hat Kanzlerin Angela Merkel den Beitrag privater Gläubiger hervorgehoben. Die öffentlichen Verpflichtungen für den europäischen Steuerzahler belaufen sich auf zusätzliche 109 Milliarden Euro. Private Gläubiger beteiligen sich bei der Umschuldung angeblich mit 37 Milliarden Euro durch Schuldenschnitt von 21 Prozent.

Doch das Brüsseler Verhandlungsergebnis könnte für den Steuerzahler kaum schlechter sein, denn der Handelsabschlag für griechische Schulden lag vorher schon bei etwa 50 Prozent. Die privaten Gläubiger profitieren nach der Umschuldung zugleich von neuen Garantien der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF). Da der griechische Staat auch nach dem jetzigen „kleinen“ Schuldenschnitt noch mit mehr als 130 Prozent seiner Wirtschaftsleistung verschuldet bleibt, wird mittelfristig ein weiterer, wesentlich drastischerer Schuldenschnitt kommen müssen, der dann voll auf den Steuerzahler abgewälzt wird. Das wissen natürlich auch die privaten Gläubiger, die sich daher an der Umschuldung „freiwillig“ beteiligen werden. So entpuppt sich der private Gläubigerbeitrag als eine Farce; das griechische Hilfspaket ist vielmehr ein riesiges Geschenk für die Kapitaleigner der Banken und andere Gläubiger griechischer Staatsschulden. Die vielleicht insgesamt 200 Milliarden Euro an Steuergeldern für die Griechenland-Rettung kommen hauptsächlich den fünf Prozent reichsten Familien zugute, die etwa 70 Prozent des Finanzkapitals kontrollieren.

Grundsätzlich sind Regierungen gegenüber privaten Gläubigern in einer starken Verhandlungsposition. Anders als ein Unternehmen kann ein Staat nicht liquidiert werden. Der private Gläubiger zieht daher bei Staatsinsolvenz normalerweise den Kürzeren. Warum sind die Gläubiger dann bei Griechenlands Umschuldung ungeschoren geblieben?

HARALD HAU prangert die Sozialisierung der griechischen Staatsschulden an. Davon profitierten nur die Reichsten auf der Welt.



Der Autor (44) ist Professor an der Universität Genf und am Schweizer Finanzinstitut (SFI). Hau stammt aus Steinau/Petersberg und ist ehemaliger Winfriedschüler.

Viele Banker und Journalisten erwecken den Eindruck, als gebe es nur eine Wahl zwischen einer europäischen Garantie für griechische Schulden und einer katastrophalen Bankenkrise. EZB-Vorstandsmitglied Lorenzo Bini Smaghi hat sogar jede finanzielle Beteiligung von privaten Gläubigern als letztlich noch teurer für den Steuerzahler denunziert. Solche Darstellungen verzerren jedoch die Realität.

Tatsächlich ist die Eigenkapitalschwäche der europäischen Banken der problematische Aspekt bei einem radikalen Schuldenschnitt für Griechenland. Doch kann man dieses Problem weitaus direkter und günstiger lösen durch eine (erzwungene) Rekapitalisierung der Banken. Die letzte Finanzkrise hat gezeigt, dass Regierungen sehr wohl in der Lage sind, durch resolute Handeln Bankenkrise zu verhindern. Der Staat kann im Gegenzug für seine Einlagen neue Aktien von den Banken erhalten, so dass der Steuerzahler langfristig sogar einen Gewinn erzielen kann.

Warum wurde diese viel nachhaltigere Lösung nicht einmal erwogen? Die Gründe sind politischer Natur, denn eine solche Lösung kollidiert mit den mächtigen Interessen der Großbanken, obwohl deren nachlässige Kreditvergabe in die jetzige Krise führte. Zugleich sind die Finanzministerien bei der Ausarbeitung von Rettungspaketen aufgrund fehlender Sachkompetenz und mangelnder Information weitgehend überfordert. Und wenn man die Frösche fragt, wie man am besten ihren Sumpf trocken legt, so erhält man Vorschläge zur weiteren Bewässerung. Entsprechend hat man Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann und die Interessenvertretung der Banken (IIF) mit der Ausarbeitung eines Griechenland-Planes beauftragt. Dies ist, als würde man das Gesundheitsministerium der Tabakindustrie unterstellen.

Falls das neueste Griechenland-Paket einen Ausblick auf eine künftige Europäische Wirtschaftsregierung bedeutet, so stellt sich die Frage, wie viele solche Beschlüsse der Euro politisch überleben kann? Leider wird sich die politische Ökonomie der Schuldenkrise kaum verbessern, bevor Europa in die nächste Runde der Schuldenkrise eintritt. Dazu müssten Politiker gegen mächtige Bankinteressen eine drastische Kapitalaufstockung europäischer Banken erzwingen, wofür es wenig Anzeichen gibt. Die Sozialisierung der griechischen Schulden wird keinen wirklichen Schuldenabbau erwirken und nur diejenigen unnötig entlasten, die den unausweichlichen Schuldenschnitt am leichtesten hinnehmen können.